



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 13. Februar 2018

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Im Januar 2018 sind 3.580 Menschen in Italien angekommen. Das sind mehr als in den Januarmonaten von 2016 (2.668) und 2017 (2.790). Die Abkommen, die die italienische Regierung mit der libyschen sowie Milizen und Bürgermeister\*innen geschlossen hat, funktionieren teilweise nicht mehr. 230 Menschen sind in diesem Jahr bereits im Mittelmeer ertrunken. Rettungsorganisationen geben an, dass es nicht genügend Schiffe gebe, um die „Search-and-Rescue-Zone“ vor Libyen abzudecken.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/migration-fluechtlinge-kommen-wieder-ueber-die-mittelmeerroute/20934120.html> (06.02.18)
- Am 4. März wird in Italien ein neues Parlament gewählt. Der Wahlkampf ist aufgeheizt und vor allem – Rassismus wird forciert von einigen Parteien wie der Lega Nord oder Politiker\*innen wie Silvio Berlusconi in den öffentlichen Raum getragen. Als am 3. Februar in der Stadt Macerata sechs Menschen, einer lebensgefährlich, durch einen rassistisch motivierten Schützen verletzt werden, beschuldigt unter anderen die Lega Nord die Befürworter\*innen von Freizügigkeit der Mitschuld an der Tat. Vergangenen Sonntag gingen dann 30.000 Menschen in Macerata gegen Rassismus auf die Straße  
<http://www.fr.de/politik/fluechtlinge-wie-fremdenhass-italiens-wahlkampf-anheizt-a-1442121> (06.02.18)  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-02/italien-macerata-demonstration-rassismus> (11.02.18)

#### *Bund, Land, Kommune*

- Die oberbayerische Bezirksregierung untersagt dem seit 16 Jahre tätigen Infobus die Beratung von Geflüchteten in den „Transitzentren“ Manching und Ingolstadt. Man wolle einen „geschützten Wohnbereich“ schaffen. Was nicht ganz einleuchtet, schließlich müssten die Betroffenen Zimmerkontrollen erdulden. Bamberg und Manching gelten als Vorbild für die „ANKER“ genannten und von der Bundesregierung geplanten Zentren. Komplette Isolation, ohne dass die Geflüchteten Zugang zu Rechtsberatung haben, soll offenbar auch Merkmal von „ANKER“ sein. Faire Asylverfahren seien so nicht möglich, nicht umsonst schreibe die EU-Aufnahmerichtlinie Zugang von Nichtregierungsorganisationen zu Unterbringungen vor.

<http://www.sueddeutsche.de/bayern/asy/politik-bayern-verschaerft-massnahmen-gegen-neu-angekommene-fluechtlinge-1.3859512> (08.02.18)

- In einem offenen Brief wenden sich 16 sächsische Vereine und Initiativen gegen die Pläne von Innenminister Roland Woeller, die Aufenthaltszeiten in Erstaufnahmeeinrichtungen zu verlängern und die Wohnsitzauflage für drei Jahre festzusetzen. Die Maßnahmen seien unnötig und unmenschlich. Unterzeichnet haben neben dem SFR unter anderen die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz – Osterzgebirge, Bon Courage e.V. aus Borna, Asylum Seekers' Movement aus Leipzig, der Willkommen aus Bautzen e.V. und das Bündnis Blickkontakt aus Sohland/ Wehrsdorf.  
<http://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Fluechtlingshelfer-kritisieren-Asylplaene-von-Sachsens-Innenminister-Woeller> (12.02.18)  
Die PM zum Brief: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2018/02/12/offener-brief-an-roland-woeller-nicht-noch-mehr-steine-in-den-weg-legen/>  
Der Brief:  
<http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/wp-content/uploads/2018/02/Offener-Brief-an-Herrn-W%C3%B6ller.pdf>
- Das Sächsische Oberverwaltungsgericht in Bautzen hat klargestellt: syrische Wehrdienstverweigerer\*innen muss der Flüchtlingsstatus zuerkannt werden, der subsidiäre Schutz genügt nicht. Wehrdienstverweigerer\*innen drohe politische Verfolgung, weil das Regime sie als Oppositionelle einschätze. Das Dresdner Verwaltungsgericht hatte Betroffenen den Flüchtlingsstatus nicht zuerkennen wollen während die Richter\*innen in Chemnitz und Leipzig durchaus politische Verfolgung gegeben sahen.  
<https://www.mdr.de/sachsen/ovg-bautzen-klagen-syrer-100.html> (08.02.18)
- Die Dresdner Sozialbürgermeisterin Kristin Kaufmann verkündet einen Durchbruch bei den Verhandlungen für eine elektronische Chipkarte. Stadt und Krankenkassen hätten sich geeinigt. Bisher müssen Geflüchtete in ganz Sachsen 15 Monate nach Ankunft Behandlungsscheine beim zuständigen Sozialamt beantragen.  
<http://www.sz-online.de/nachrichten/chipkarte-fuer-fluechtlinge-3876400.html> (10.02.18)
- Rheinland-Pfalz ist das letzte Bundesland, in dem sich nun ein Flüchtlingsrat gegründet hat. Die Landesflüchtlingsräte sind bundesweit über PRO ASYL miteinander vernetzt. Unterschiede zeigten sich in der „Gesprächskultur“, so Bernd Mesovic von PRO ASYL. Von sehr guter Kommunikation zwischen Flüchtlingsräten und jeweiliger Landesregierung in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz bis hin zur von Regierungsseite verübten Denunziation der Kolleg\*innen in Bayern sei alles dabei.  
<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/fluechtlinge-lobbyarbeit-fuer-schutzsuchende-a-1432500> (25.01.18)

## Hintergrund und Meinung

- Das von CDU/CSU und SPD geplante Einwanderungsgesetz werde eines nicht leisten: den Menschen Schutz geben, die vor Krieg und Terror fliehen, kommentiert Caterina Lobenstein in der *Zeit*. Abschreckung habe Vorrang, Integration auch irgendwie wichtig, dass sich beides nicht gut vertrage – egal. Der eingeschränkte Familiennachzug beziehungsweise lange Wartezeiten und die zentrale, isolierte Unterbringung seien der Integration abträglich, belege die erst neulich veröffentlichte Studie der Bosch-Stiftung. Unmissverständlich deutlich mache der Koalitionsvertrag das Anliegen der drei Parteien: Schutzsuchende gehören lieber raus als rein.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-02/koalitionsvertrag-grosse-koalition-spd-union-migration> (08.02.18)

- Im Norden Afghanistans beherrschen die Taliban immer mehr Territorien. Viele Menschen leben in Camps rund um die Provinzhauptstadt Faizabad. Die Reportage von Veronika Eschbacher zeigt, wie die Taliban Herrschaft ausüben und welche Bedingungen ihnen beim Rekrutieren neuer Kämpfer in die Hände spielen. Diejenigen, die mit den Armeen der NATO zusammenarbeiteten, mussten beispielsweise Geldstrafen zahlen. Können sie die Summe nicht aufbringen, werden ihnen die Söhne genommen. In einigen Gebieten können sich die Taliban wiederum stark auf die Unterstützung weiter Bevölkerungsteile verlassen. Ziel der islamistischen Organisation sei es, wieder die Macht in Afghanistan zu übernehmen. Dafür seien sie aber nach wie vor zu schwach, die afghanische Regierung werde gestützt und klar auf militärische Lösung gesetzt. Was mehr Menschen, unter anderem in die Region um Faizabad, fliehen lasse.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-02/afghanistan-taliban-fluechtlinge> (12.02.18)
- 40.000 geflohene Menschen leben noch in Israel. Sie sind geduldet, gerade einmal elf Personen haben Asyl erhalten. Die meisten sind eritreischer oder sudanesischer Staatsbürgerschaft. *SPON* erzählt in dieser Reportage die Geschichte von zwei Menschen, die nun befürchten, abgeschoben zu werden. Selbiges hat die israelische Regierung angekündigt, die ersten Bescheide sind verteilt.  
<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlinge-in-israel-da-draussen-lauert-die-gefahr-a-1192094.html> (12.02.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [pr@sfrev.de](mailto:pr@sfrev.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [pr@rld.de](mailto:pr@rld.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



**UNO-Flüchtlingshilfe**